

Redaktion: Sophie Brachvogel

Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

## Keine Chance für Spekulanten: Unsere Währung muss stark bleiben!

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,**

die Krise in Griechenland ist in dieser Woche das wichtigste Thema im Deutschen Bundestag. Es geht um die Stabilität des Euro, unserer eigenen Währung. Die dramatische Verschuldung Griechenlands hat das Land an den Rand des Staatsbankrotts getrieben und gefährdet damit die gesamte Eurozone und auch Deutschland.

Ich habe großes Verständnis dafür, dass diese Tatsachen Fragen und Sorgen aufwerfen, ob die geplanten Finanzhilfen richtig sind.

Mich erreichen Mails und Nachrichten, mit denen ich aufgefordert werde, dem in der EU vereinbarten und von der Bundesregierung vorgelegten Maßnahmenprogramm nicht zuzustimmen.

Gern möchte ich Ihnen auf diesem Weg meine Gründe erklären, dem Vorschlag unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und von Finanzminister Wolfgang Schäuble zuzustimmen:

Ausdrücklich hervorheben möchte ich, dass es sich nicht darum handelt, deutsche Steuergelder für Griechenlands Schulden auszugeben. Wir übernehmen keine Verbindlichkeiten Griechenlands.

Vielmehr wird die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ermächtigt, Griechenland Kredite zu gewähren, die Griechenland zurzeit auf dem Finanzmarkt nur zu extrem ungünstigen Zinskonditionen oder gar nicht bekäme. Diese Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau werden seitens des Bundes verbürgt. Damit fließt ausdrücklich kein Steuergeld aus dem Bundeshaushalt nach Griechenland, sondern das Gesamtpaket ist selbstverständlich daran geknüpft, dass die Kredite seitens Griechenlands zurück gezahlt werden.

**Was wäre die Folge, wenn die Partner in der Währungsunion oder der Internationale Währungsfonds keine Maßnahmen ergriffen?**

Die Folge wäre der Staatsbankrott Griechenlands. Sollte jedoch die Eurozone eines der eigenen Mitglieder in den Staatsbankrott abgleiten lassen, hätte dies automatisch Konsequenzen für weitere Staaten hinsichtlich ihrer eigenen Kreditwürdigkeit. Dies gilt gewiss für Portugal, Spanien und Irland, aber in der Folge auch für Italien. Auch Großbritannien ist ange-

sichts der dortigen Staatsverschuldung nicht mehr weit von diesen Verhältnissen entfernt. Und haben wir Deutsche Grund, uns absolut sicher zu fühlen angesichts unserer gigantischen Staatsverschuldung?

Der Staatsbankrott eines Mitgliedstaates der Eurozone würde die gesamte gemeinsame Währung in Turbulenzen ziehen. Dies kann nicht im deutschen Interesse liegen.

Wenn ich einem Gesetz mit Kreditermächtigung für Griechenland zustimme, so tue ich dies ausdrücklich nicht als Hilfe für Griechenland. Die Griechen müssen ihre eigenen Haushaltsprobleme selber lösen. Ich bin nur bereit, dem Gesetz zuzustimmen, weil ich überzeugt davon bin, dass nur auf diesem Weg Stabilität unserer eigenen Währung erreicht werden kann. Insofern sehe ich diese Entscheidung gerade im Einklang mit der Erfordernis, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Bei jeder Entscheidung, die zu treffen ist, habe ich persönlich abzuwägen, welche Folgen die Zustimmung zu Maßnahmen hat, und welche Folge ein Nichthandeln hätte. Im Herbst 2008 hatte die Entscheidung der amerikanischen Regierung, bei der absehbaren Pleite der Lehmann-Brothers-Bank nicht zu handeln, katastrophale Folgen für die gesamte Weltwirtschaft. Eine solche Entscheidung würde heute niemand mehr erneut treffen wollen. Die Folgen dieser damaligen Fehlentscheidung belasten uns alle aber noch heute. Insofern ist die Verweigerung unangenehmer Entscheidungen keineswegs immer die bessere Alternative.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Erläuterungen meine Motivation verständlich gemacht zu haben und bitte Sie abschließend um eines: Bitte glauben Sie mir, dass ich mir diese Entscheidung nicht leicht mache. Aber ich lasse mich von der Abwägung leiten, welche Position am ehesten dem deutschen Interesse entspricht.

**Im deutschen Interesse liegt vor allem die Stabilität unserer Währung, die massiv gefährdet ist. Deshalb müssen wir handeln.**

Ihr



Ingbert Liebong, MdB

## **Fragen und Antworten zur Finanzhilfe: Stabilisierung des Euroraumes hat Priorität!**

### **Was tun die Griechen selbst?**

Zwingende Voraussetzung für alle Maßnahmen ist, dass Griechenland einen konsequenten Weg der Sanierung beschreitet. Die Maßnahmen, die die aktuelle Regierung eingeleitet hat, erfordern von den Griechen deutlichen Verzicht gegenüber bisherigen Gewohnheiten. Zweimal wird in diesem Jahr die Mehrwertsteuer erhöht. Gehälter und Renten werden gekürzt. Die Zielsetzung, das öffentliche Defizit innerhalb eines Jahres um über 5% des Bruttoinlandsproduktes zurück zu führen, würde auf deutsche Verhältnisse übertragen bedeuten, dass wir innerhalb eines Jahres die gesamte Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 80 Mrd. Euro (das ist immerhin ein Viertel des Bundeshaushaltes), aller Bundesländer und aller Kommunen ausgleichen wollten. Eine kaum vorstellbare Aufgabe.

### **Alternative: Griechen raus?**

Keine Alternative sind auch manche Empfehlungen, die zurzeit öffentlich diskutiert werden. Die europäischen Verträge lassen einen zwangsweisen Ausschluss eines Mitgliedstaates aus der Eurozone nicht zu. Nach heutiger Erkenntnis ist dies eine Fehlkonstruktion, die für die Zukunft korrigiert werden müsste. Fraglich ist, ob ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro für die Wirkungen auf die Finanzmärkte wünschenswert wäre. Zumindest wäre dies das Signal, dass die Eurozone kein gesicherter Wirtschaftsraum für Investitionen ist. Dieses notwendig Vertrauen in den Euro können wir nur dann erhalten, wenn wir Europäer gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds die von Griechenland ausgelöste Krise in den Griff bekommen.

### **Was ist verabredet?**

Das Gesamtpaket umfasst Kredite für Griechenland in Höhe von 110 Milliarden Euro, 30 Milliarden Euro trägt der Internationale Währungsfonds, 80 Milliarden Euro die Partner der Euro-Währungsunion in Form von bilateralen Kreditverträgen. Die Laufzeit beträgt 3 Jahre, innerhalb der die Kredite ausbezahlt werden.

Auf Deutschland entfallen ca. 28 Prozent, also 22,4 Milliarden Euro, von denen in diesem Jahr 8,4 Milliarden Euro fällig werden.

### **Werden die Kredite verzinst?**

Ja, Griechenland muss die Kredite mit Zinsen zurückzahlen. Der Zinssatz liegt voraussichtlich bei gut fünf Prozent. Die KfW leiht sich das Geld zu einem niedrigen Zinssatz, so dass auch keine Zinssubvention stattfindet.

### **Warum keine Umschuldung?**

Umschuldung hieße, dass Gläubiger auf Forderungen gegenüber dem griechischen Staat verzichten müssen. Genau das muss aber verhindert werden, dass ein Euro-Staat seine Schulden nicht mehr bezahlen kann.

Leidtragende wären auch deutsche Firmen und deutsche Banken—die wir gerade erst stabilisiert hatten.

Eine solche Operation liegt nicht im deutschen Interesse.

### **Wird kontrolliert, was die Griechen machen?**

Ja. Das ist zwischen EU, IWF und Griechenland vereinbart. Auch der Deutsche Bundestag drängt darauf, dass der Haushaltsausschuss fortlaufend informiert wird, dass die Griechen ihre Sparmaßnahmen auch einhalten.